

Votum Eintretensdebatte zur Totalrevision der Gemeindeordnung

Gemeinderatssitzung vom 1. März 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte anwesende Damen und Herren

Bevor wir über den Inhalt der neuen Gemeindeordnung sprechen ist es mir ein Anliegen die gute Zusammenarbeit innerhalb der Kommission zu erwähnen. Auch oder obschon zum Teil grosse Meinungsunterschiede herrschten und herrschen, war die Zusammenarbeit konstruktiv und respektvoll.

An dieser Stelle möchte ich mich namentlich beim Präsidenten Andreas Geering bedanken, welcher die Kommission gut vorbereitet und effizient führte. Auch bedanken möchte ich mich beim Stadtpräsidenten Michael Künzle, welcher an jeder Sitzung teilnahm, sowie auch den Stadträten Jürg Altwegg, Kaspar Bopp und Nicolas Galladé, welche bei den betreffenden Bereichen ihre Standpunkte vertraten. Zuletzt möchte ich selbstverständlich auch noch Marc Bernhard erwähnen – welcher praktisch immer vor Ort war und uns mit seinem juristischen Knowhow immer wieder unterstützte, sowie Herr Marcel Wendelspiess und Frau Eva Weishaupt. Sie sehen juristisch war die Kommission sehr gut besetzt. Zum Abschluss geht mein Dank auch an die Protokollführerin Andrea Fatzer, respektive an Herrn Philippe Wenger, welche uns unglaublich schnell mit Protokoll und Erfassung der neusten Änderungsanträge bedienten. Wohlwissend, dass ich vermutlich nicht an alle gedacht habe – und das Weglassen oft genauer unter die Lupe genommen wird – geht mein Dank auch an alle anderen, welche die Sitzungen bereichert haben.

Wie sie alle wissen, verbleibt der Gemeinde nach Bundes- und Kantonsrecht eine relativ kleine Restkompetenz. Oft ist sie für die Finanzierung von Leistungen verantwortlich, welche sie aber nicht direkt beeinflussen kann. Grosse Gestaltungsmöglichkeiten verbleiben der Gemeinde noch bei der Volksschule oder im Bereich der Finanzkompetenzen. Wie sich im Vernehmlassungsverfahren gezeigt hat, sind dann auch die grössten politischen Unterschiede hier zu finden, nämlich bei der «Behördenorganisation im Schulbereich» oder bei den «Kompetenzlimiten» im Finanzbereich.

"Bei näherer Betrachtung der Weisung des Stadtrates betreffend die neue Gemeindeordnung ist den auch der rote Faden klar zu erkennen, und zwar im doppelten Sinn: Weg vom Volk, hin zum Stadtrat.

Sowohl die Abschaffung der Volkswahl der Stadtammänner und Frauen wie die faktische Abschaffung der Schulpflege oder aber die Verschiebung der Finanzkompetenzen in Richtung Stadtrat zeigt augenscheinlich wohin die Reise geht. Wieso die Kompetenz für wiederkehrende Ausgaben ausserhalb des Budgets von 20'000 auf 50'000 erhöht werden soll, ist nicht nachvollziehbar. Auch die Verdoppelung der Grenzen für das obligatorische Referendum bei einmaligen oder wiederkehrenden Verpflichtungskrediten erscheint uns unverhältnismässig. Leider

werden wir heute auf weitere Anträge des Stadtrates stossen, welche noch mehr Kompetenz auf sich reissen will, als wäre der Kommissionsvorschlag nicht gut genug.

Ein einfacher Vergleich zwischen die Erhöhung der Finanzkompetenz und der Teuerung der letzten dreissig Jahre macht diese Verschiebung klar erkennbar. Wenn man die Teuerung zwischen 1989 (Jahrgang unserer geltenden Gemeindeordnung) und heute vergleicht, dann liegt diese über die ganze Periode bei rund 30%. Die Finanzkompetenzen der Exekutive in der Weisung des Stadtrates und im Entwurf haben sich aber teilweise mehr als verdoppelt. Solche Teuerungsraten herrschen vielleicht in Venezuela aber nicht in Winterthur. Nebenbei bemerkt sind die Gründe für diese Hyperinflation in Venezuela die Staatsfinanzierung durch Gelddrucken – was faktisch einem Staatsbankrott gleichkommt. So viel zur Behauptung ein Staat kann nicht Konkurs gehen... Aber so weit sind wir vorderhand nicht in Winterthur.

Angesichts des vorliegenden Entwurfes frage ich mich, ob der Stadtrat dem Volk noch traut – oder ob das Volk im Stadtrat vielleicht falsch abgebildet ist. Auch wenn die Gemeindeordnung sich der Zeit anpassen muss, was wir grundsätzlich unterstützen, können wir eine Entfremdung in diesem Umfang nicht hinnehmen. Es geht hier nicht um ein Misstrauensvotum gegenüber dem Stadtrat, sondern um Checks and Balances. Es geht um die Wahrung der Verhältnismässigkeit, es geht um die horizontale Gewaltenteilung.

Wir sind der Meinung, dass die vorgeschlagenen Änderungen der Gemeindeordnung derart fundamental und demokratiepolitisch kritisch sind, dass uns eine Korrektur unausweichlich erscheint. Besonders die Schule wird ohne wichtige Gründe komplett umgekrempelt und praktisch vollständig der Verwaltung unterstellt. Eine Kontrolle durch das Volk ist durch diese Konstruktion praktisch nicht mehr möglich. Hier ist wiederum eine klare Verschlechterung der Checks and Balances zu erkennen. Man wird den Gedanken nicht los, als sei dem Stadtrat eine Verbindung zwischen Schule und Bevölkerung nicht mehr geheuer. Eine solche Zentralisierung und Entfremdung der Schule sollte uns nachdenklich stimmen. Die vorgeschlagenen sechs nebenamtlichen Schulpflegerinnen und Schulpfleger, welche notabene vier vollamtliche Zentralschulpflegepräsidenten und -präsidentinnen und 47 Mitglieder der Schulkreise ersetzen, sollen dann aber nur teilamtlich tätig sein.

Diese Entwicklung weg vom Volk, hin zum Stadtrat geht dann auch weiter und macht keinen Halt bei den Stadtamtsfrauen und Stadtammänner und bei den Finanzen. Gerade angesichts der städtischen Finanzlage ist die Kompetenzverschiebung Richtung Stadtrat unerklärlich. Seit 2007 ist der Schuldenberg regelrecht explodiert von rund 300 Mio. auf über 1.2 Milliarden und auch wenn wir aufgrund des tiefen Zinsniveaus und der hoffentlich langfristig gebundenen Schulden wenig Zinsen bezahlen, sollten wir bereits heute an eine allfällige Zinslasterhöhung und an den Schuldenabbau denken. Die Verschiebung der Finanzkompetenzen Richtung SR verhindert aber den benötigten Schuldenabbau und fördert Mehrausgaben ohne Korrekturmöglichkeiten.

Sie haben heute dem Rückweisungsantrag der SVP nicht zugestimmt, wir respektieren diesen Entscheid, hoffe aber, dass sie in der Lage und willens sind, substantielle Korrekturen am Entwurf vorzunehmen. Unserer Meinung nach sind Korrekturen im Bereich der Schule, der Finanzkompetenzen und der Wahl der Stadtammänner zwingend



SVP Stadt Winterthur
Fraktion des Grossen Gemeinderates

SVP Stadt Winterthur, 8400 Winterthur
www.svp-winterthur.ch
info@svp-winterthur.ch
Facebook: [svpwinterthur](https://www.facebook.com/svpwinterthur)

nötig, damit die Gemeindeordnung durch das Volk angenommen werden kann. Ohne substanzielle Änderungen in diesen Punkten kann die SVP-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen. Entsprechende Änderungsanträge werden im Verlauf der Debatte durch die SVP gestellt und wir hoffen, dass die Mehrheit im Saal diesen konstruktiven Anträgen zustimmen wird, damit wir die Vorlage doch noch in eine vernünftige Richtung bringen können.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Davide Pezzotta, Gemeinderat SVP